



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/04/2025
Sitzungsdatum: Donnerstag, 10.07.2025	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:54 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Oberbürgermeister Dr. Michael Kern	
Bürgermeisterinnen	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	abwesend von 17:43 Uhr, TOP 1 öSi bis 18:37 Uhr, während TOP 3 öSi
Bürgermeisterin Petra Kleine	
Ausschussmitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	bis 18:46 Uhr, TOP 3 öSi
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	bis 18:27 Uhr, TOP 2 öSi
Ausschussmitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	

Herr Stadtrat Franz Wöhrl

Herr Stadtrat Thomas Deiser

Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann

Herr Stadtrat Quirin Witty

Frau Stadträtin Barbara Leininger

Herr Stadtrat Jochen Semle

Herr Stadtrat Klaus Böttcher

Herr Stadtrat Ulrich Bannert

Mitglied des PLA und in Vertretung für Stadtrat
Lipp (KBA)

Herr Stadtrat Roland Meier

Herr Stadtrat Dr. Markus Meyer

Herr Stadtrat Sepp Mißbeck

Berufsmäßige Stadträte

Herr Franz Fleckinger

Herr Marc Grandmontagne

Herr Gero Hoffmann

Frau Ulrike Wittmann-Brand

Ferner anwesend

Herr Nicolai Fall

INKoBau

Herr Stadtrat Jakob Schäuble

bis 17:34 Uhr, TOP 2 öSi

Herr Stadtrat Raimund Köstler

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung

4

- | | | |
|-----|---|----|
| 1 . | Konsolidierungsprogramm Bauinvestitionen Finanzplanungszeitraum zum Haushaltsjahr 2026 ff.
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0394/25 | 4 |
| 2 . | Schulentwicklungsbericht 2025
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0437/25 | 22 |
| 3 . | Grundsatzbeschluss Sanierung des Hämerbaus (i.V.m. der Vorlage V0439/25 über die Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 für den Hämerbau)
(Referent: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann)
Vorlage: V0479/25 | 25 |
| 4 . | Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer Baus
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0439/25 | 34 |

Oberbürgermeister Dr. Kern eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit ordnungsgemäß geladen wurden und 23 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Kultur und Bildung und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit sind damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

In die Tagesordnung soll **aufgenommen** werden:

- 3 . Grundsatzbeschluss Sanierung des Hämerbaus (i.V.m. der Vorlage V0439/25 über die Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 für den Hämerbau)
(Referent: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann)
V0479/25

Der **bisherige TOP 3 soll als TOP 4 behandelt** werden:

- 4 . Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer Baus
(Referent: Herr Grandmontagne)
V0439/25

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung).

Öffentliche Sitzung

- 1 . Konsolidierungsprogramm Bauinvestitionen Finanzplanungszeitraum zum Haushaltsjahr 2026 ff.**
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0394/25

Beratend

Antrag:

- 1.) Die Verwaltung gibt den vorliegenden Konsolidierungsvorschlag bekannt. Sämtliche vorgetragenen Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der künftigen Finanzierbarkeit.
- 2.) Die Verwaltung wird im Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt, in den betroffenen Projekten bestehende Verträge und bestehende Verbindlichkeiten ggfs. abzuwickeln.
- 3.) Maßnahmen aus dem Bereich Hochbau
 - a. Die Verwaltung wird beauftragt, Sanierungsmaßnahmen künftig mit einer Obergrenze auf den zum Zeitpunkt der Förderantragstellung gültigen Kostenrichtwert zu planen.
 - b. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen von Programm- und/oder Projektgenehmigungen Einsparpotenziale hinsichtlich Flächen- und Baustandards in separaten Antragspunkten mit entsprechender finanzieller Auswirkung darzustellen.
 - c. Die Verwaltung wird beauftragt, bei künftigen Schul- und Kitabaumaßnahmen die Küchentechnik in Ausführung und Ausstattung entsprechend der Beschlussfassung zur Machbarkeitsstudie Mittagsverpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen (V0359/25) auszuführen.
 - d. Den konkreten Umsetzungsvorschlägen zum gesteckten Einsparziel wird wie folgt zugestimmt
 - I. Der Modulbau am Schulstandort Oberhaunstadt (Interimsmaßnahme Mittelschule Nord-Ost) wird nicht weiterverfolgt.
 - II. Die Neubauten der Mittelschule Nord-Ost und der 3. Staatlichen Realschule (Rosnergelände) werden auf die Jahre 2026 ff. vorgezogen und damit zeitgleich errichtet. Die neu errichteten Flächen der Mittelschule werden übergangsweise zur Vollausslagerung des Katharinen Gymnasiums genutzt.
 - III. Die Ertüchtigung des Hauses D am Brückenkopf (Interimsmaßnahme 3. Staatliche Realschule) wird bis zur LP2 weitergeführt und das Ergebnis dann zur weiteren Beratung dem Stadtrat vorgelegt.

- IV. Der Baubeginn der Mittelschule Mitte-West (Am Dachsberg) wird auf die Jahre 2030 ff. verschoben.
 - V. Die Sanierung und Erweiterung des Apian-Gymnasiums wird in Bauabschnitte aufgeteilt. Die Kosten der Sanierung sind auf den zum Zeitpunkt der Projektgenehmigung gültigen Kostenrichtwert zu begrenzen; Mehrkosten sind als gesonderte Beschlusspunkte darzustellen.
 - VI. Die Sanierung und Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums ist fortzuführen, das Umsetzungskonzept wird ergebnisoffen im Rahmen der Projektgenehmigung vorgestellt. Die Kosten der Sanierung sind auf den zum Zeitpunkt der Projektgenehmigung gültigen Kostenrichtwert zu begrenzen; Mehrkosten sind als gesonderte Beschlusspunkte darzustellen.
 - VII. Die Sportanlagen an der Bezirkssportanlage Südost/ESV-Stadion (Mittelschule Süd-Ost/Tilly-Realschule und priv. Wirtschaftsschule im Investorenmodell) sind in zwei Bauabschnitte aufzuteilen. Der schulisch notwendige Bauabschnitt wird priorisiert.
- e. Eine Beteiligung der Stadt Ingolstadt an einem Zweckverbandsgymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird nicht weiterverfolgt.

4.) Maßnahmen aus dem Bereich Tiefbau

- a. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme „Audi-Südring“ einstweilig nicht weiterzuverfolgen
 - b. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme "vierstreifiger Ausbau der OU Etting" einstweilig nicht weiterzuverfolgen.
 - c. Der Konsolidierungsvorschlag für Maßnahmen im Bestand wird zur Kenntnis genommen. Dieser wird Bestandteil der weiteren Haushaltsplanungen
- 5.) Die finanziellen Auswirkungen der gem. den Antragspunkten 2 – 4 gefassten Beschlüsse werden Grundlage für die Haushaltsplanung 2026 ff. und sind in das Investitionsprogramm einzuarbeiten.

Herr Hoffmann erklärt, dass man sich unter Abstimmung mit dem Interfraktionellen Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung Gedanken gemacht habe, wie man die gesteckten Ziele, 30 Millionen Euro jährlich in den Jahren von 2026 bis 2028 im Investitionshaushalt einzusparen, erreichen könne. Notwendig werde dies, um im Verwaltungshaushalt die dort zu tragenden Aufwendungen für Zins und Tilgung auf die Höhe von 1,5 Millionen Euro jährlich zu begrenzen. Trotz allem werde man viele Maßnahmen beginnen, weiterführen und fertig stellen. Die Projekte der Grundschulen Lesing, Ringsee, Wilhelm-Ernst, Haunwöhr, Hundszell, die Mittelschule Südost, das

Reuchlin Gymnasium, die Kita Fort Peyerl, das MKKD, die Hauptfeuerwache, die Brandmeldeanlage im Alten Rathaus und das Weinzierl-Gelände werden, wie in der Beschlussvorlage vorgelegt, von der Konsolidierung nicht direkt betroffen sein. Das Projekt der Mittelschule Nordost solle vorerst nicht weiterverfolgt und die Ertüchtigung des Hauses D nur noch bis Leitungsphase 2 weitergeführt werden, informiert Herr Hoffmann. Das Gebäude befinde sich nach Abschluss dieser Phase an einem Stand, auf dem man jederzeit wieder aufbauen könne. Auch die Ingenieure seien ohnehin bis zur Leistungsphase 2 beauftragt. Die Mittelschule Mitte-West „Am Dachsberg“ würde auf den Zeitraum nach dem jetzigen mittelfristigen Finanzplanungszeitraum ab 2030 verschoben werden. Beim Apian Gymnasium würden der Funktions-trakt mit den naturwissenschaftlichen Räumen und der Nord- und Mittelteil konsequent in Bauabschnitte aufgeteilt werden, wodurch eine kleine Erleichterung im städtischen Haushalt erreicht werden könne. In einem der bereits teilsanierten Gebäudeteile sei derzeit die Grundschule Haunwöhr untergebracht. Diesen Gebäudeteil könne man als Auslagerungsquartier während der Sanierung ebenfalls nutzen. Die Sportanlagen der Mittelschule Süd-Ost (ESV-Gelände) müssten rasch ertüchtigt werden, weil man dazu verpflichtet sei. Alles andere, das über den Schulsport hinausgehe, werde verschoben. Beim Neubau der neu zu gründenden Realschule und der Mittelschule Nordost, schlage man vor, diese relativ zügig am Rosner-Gelände als ein Schulzentrum zu verwirklichen. Das Katharinen Gymnasium könne erst einmal in dieses Schulzentrum ziehen, damit dessen Gebäude schnell saniert werden könne. Aufgrund des Raumprogramms der Mittelschule mit ihren Multifunktions- und ZBV-Räumen, sei dieser Umzug möglich. Die Mittelschule habe davon den Vorteil, dass sie aufgrund der Schaffung entsprechender Fachräume einen naturwissenschaftlichen Schwerpunkt bekomme. So würden genügend Fach- und MINT-Räume für den Gymnasial-Schulbetrieb zur Verfügung stehen. Das Sparziel von insgesamt 90 Millionen Euro pro Jahr werde im Mittelfrist-Planungszeitraum um insgesamt 24 Millionen Euro verfehlt. Andererseits spare man sich langfristig zwischen 35 und 40 Millionen Euro, da man deutlich schneller bauen könne. Außerdem wolle man versuchen, ein Public Private Partnership (PPP) aufzuziehen. Im Tiefbaubereich habe man die gleiche Systematik wie beim Hochbau angewandt und alle Projekte in eine Aufgabenkritik gegeben und geprüft. Laufende Maßnahmen, wie die Schillerbrücke, diverse Baugebiete, die Gestaltung rund um den Donau Tower, die Sanierung der Asamstraße, der Krumenauer Straße, die Beendigung der Harderstraße, der Unterhaunstädter Weg, der Umbau der Roßmühlstraße, der Anschluss der Nürnberger Straße und Teile des Schnellen Wegs würden weiterverfolgt werden. Bei den lärm mindernden Straßenbelägen würde man aufgrund der Konsolidierung rund 25 Prozent der Vorhaben streichen. Die Vorhaben

der Bauabschnitte 1 und 2 der Ortsumgehung Etting, die Schlosslände und die Schillerstraße sollen weiter in die Zukunft verschoben werden. Man werde vermehrt auf abstrakte Maßnahmen, die jedes Jahr anfallen würden, wenn beispielsweise eine Straße im Winter auffriere, setzen, mehr reparieren und weniger großflächig arbeiten, weil das Budget um 25 Prozent eingespart worden sei. Der Fehlbetrag bei den Einsparungen insgesamt, belaufe sich jedoch auch auf die genannten 26 Millionen Euro, weil nach wie vor ein Betrag von rund 14,1 Millionen Euro für das Stadttheater weiterhin für die INKoBau im Budget des Referats reserviert sei, erklärt Herr Hoffmann. Dies führe dann im Ergebnis zu etwas höheren Zins- und Tilgungsraten und damit einer größeren Schuldendienstbelastung im Verwaltungshaushalt.

Stadtrat Dr. Schickel spricht an das Schulverwaltungsamt einen Dank für die transparente Arbeit aus und dass das Katharinen Gymnasium so schnell miteingebunden wurde. Er stellt fest, dass in drei großen Bereichen, beim Apian Gymnasium, beim Katharinen Gymnasium und beim Theater 20 Jahre Stillstand geherrscht habe, den die Stadt nun nicht mehr ignorieren könne. Jetzt müsse man das Beste aus der Situation machen. Nichtsdestotrotz zeige sich, dass man mit Stillstand keine zukunftsorientierte Politik machen könne. Die Kostenrichtwerte würden zum Zeitpunkt der Projektgenehmigung gelten und eingehalten werden müssen. Wenn die Sanierung ab 2030 des Projekts Apian Gymnasium oder Katharinen Gymnasium im Jahr 2025 beschlossen werde, möchte er wissen, ob dann die Kostenrichtwerte von 2025 gelten würden. Gerade aufgrund der Erfahrungen der letzten sechs Jahre, in denen sich die Baukosten exorbitant entwickelt hätten, sei dies nicht nachvollziehbar. Außerdem entstehe der Eindruck, dass die Gymnasien den Mittelschulen vorgezogen werden würden. Stadtrat Dr. Schickel fragt, ob der Schulrat Dr. Stur in die Planungen entsprechend einbezogen worden sei. Es wäre sinnvoll, wenn in der Taskforce Schule auch andere Experten aus der Schule miteingebunden wären. Stadtrat Dr. Schickel betont, dass er weiterhin Unterstützer des Zweckverbands Gymnasiums Pfaffenhofen sei und er es aus bildungspolitischer Sicht für unabdingbar halte, an der Stadtmauer über Bildung zu sprechen und zu denken, aufzuhören.

Oberbürgermeister Dr. Kern antwortet an seinen Vorredner gewandt, dass Schulrat Dr. Stur und weitere hauptsächlich betroffene Schulleiter der weiterführenden Schulen aus den Bereichen der Mittelschule und Grundschule miteinbezogen worden seien. Dabei habe man positives Feedback erhalten, weil man eine solche Informationsrunde vorab bislang nicht gekannt habe. Aber genau diese Kommunikation, vorab mit den Betroffenen zu reden, habe man sich auf die Fahnen geschrieben. Die Taskforce

Schule sei dagegen eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, in der die Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung beschleunigt werden soll, um sich kurz abzustimmen. Deshalb seien dieser auch keine externen Partner angehörig. Beim Zweckverbands Gymnasium Pfaffenhofen befinde sich die Stadt Ingolstadt derzeit in einer Situation, in der priorisiert und knappe Ressourcen ganz genau geprüft und dann erst in entsprechende Projekte gesteckt werden würden.

Es gebe Baurichtlinien, die in dieser Stadtratsperiode auch novelliert worden seien, erklärt Herr Hoffmann an Stadtrat Dr. Schickel gewandt. Die Baurichtlinien würden den Rahmen vorgeben. Der Kostenrichtwert spiele am Anfang beim Vorlegen der Projektgenehmigung und bei der Planung eine Rolle. Zu diesem Zeitpunkt wolle man mit den Kosten den Richtwert nicht überschreiten, der zu dem Zeitpunkt der Genehmigung des Projektes als Projektgenehmigung gelte. Wenn der Kostenrichtwert steige und man mehrere Jahre baue, habe man in der Baurichtlinie gewisse Mechanismen eingebaut, die erlauben würden, sich einen Risikopuffer zu holen und den Baupreisindex in gewisser Weise zu antizipieren. Falls es zu einer ergänzenden Projektgenehmigung kommen sollte, würde man sich erlauben, den zu dem Zeitpunkt der ergänzenden Projektgenehmigung geltenden Richtwert als Kenngröße zu verwenden.

Herr Grandmontagne teilt mit, dass für den eigenen Bereich Schulentwicklungszahlen vorgelegt worden seien und dass ein Ergebnis dieser Schulentwicklung darin bestanden habe, die eigenen Schülerinnen und Schüler auch ohne das Zweckverbands-Gymnasium in Pfaffenhofen beschulen zu können. Er stimmt Stadtrat Dr. Schickel zu, dass diese Denkart nicht besonders fortschrittlich sei, denn die Region 10 wäre besser, wenn die entsprechenden Fachpolitikfelder regional gedacht würden. Jedoch sehe dies der Gesetzgeber anders, weswegen es maßgeblich bei der Körperschaft, also der Stadt Ingolstadt oder den Landkreisen bleibe. Es würden die Schülerzahlen gelten und der Anspruch, Schulplätze bereitzustellen. Dies könne man mit den eigenen Schulplätzen unter den Voraussetzungen, die im Sanierungsplan für die Schulen festgelegt seien, umsetzen. Die Voraussetzung sei jedoch, dass man, was seit dem letzten Jahr gelte, nicht mehr jeden Schüler beziehungsweise jede Schülerin aus dem Landkreis in Ingolstadt beschulen könne. Die anmelde Zahlen in Ingolstadt seien deutlich zurückgegangen, und aus dem Landkreis Pfaffenhofen hätten nur noch wenige Schüler abgewiesen werden müssen. Außerdem würde auch der Landkreis Pfaffenhofen nun über die Schulfrage anders denken. Klar sei jedoch, dass eine Schule

gebaut werden müsse. Man müsse bei den Schulen stets in der eigenen Gebietskörperschaft bleiben.

Zwar habe Stadtrat Dr. Schickel Kritik an der Schulplanung geübt, doch es sei auch viel richtig gemacht worden, meint Stadtrat Achhammer. Seit gut 24 Jahren sei er Mitglied des Stadtrates und seitdem seien rund 14 bis 15 Schulen neu gebaut oder erweitert, sowie zahlreiche Kitas geschaffen worden. Es habe viele sinnvolle Investitionen gegeben, auch wenn es beim Bauen und Sanieren Fehler gegeben habe. Die heutige Vorlage stelle die Schulplanung insgesamt auf neue Beine. Für die CSU-Fraktion würden die Schulen weiterhin oberste Priorität haben, auch wenn der Theaterbereich ebenfalls als wichtig angesehen werde, betont er. Der Verwaltungsvorlage werde die CSU-Stadtratsfraktion zustimmen. Ob es in Zukunft haltbar und finanzierbar sei, müsse man dann sehen, wenn es so weit sei. Auch die Ausführungen seitens Herrn Hoffmanns bezüglich des Tiefbaus könne man mittragen. Ihm und Stadtrat Reibenspieß sei es wichtig, dass die Realschule und Mittelschule Nordost gemeinsam mit einem Generalunternehmer gebaut würden und nicht separat. Schließlich könnten keine 1.500 Schülerinnen und Schüler des Katharinen Gymnasiums in die Mittelschule Nordost verlagert werden. Stadtrat Achhammers Wunsch sei es, am Generalunternehmer festzuhalten und diesen Ansatz zu versuchen. Bei der Mittelschule West besteht seinerseits die Sorge, dass diese im schlimmsten Fall auf drei Standorte verlegt werden könne. Er bittet dazu um Bestätigung und Erläuterung.

Herr Hoffmann bestätigt an seinen Vorredner, dass man zwei Schulen neu baue.

An Stadtrat Achhammer gerichtet stellt Herr Grandmontagne klar, dass man bei der Schulplanung von den Konsolidierungsvorgaben ausgegangen sei, aber sich dennoch immer noch so bewege, wie es vorgesehen sei. Jede Schülerin und jeder Schüler in Ingolstadt hätten einen Schulplatz sicher. Zu Lasten der Kultur habe man für den Schulbereich keinerlei Abstriche gemacht. Diese beiden Bereiche würden strikt voneinander getrennt werden.

Frau Wittmann-Ott geht auf die Frage von Stadtrat Achhammer ein, wie das Katharinen Gymnasium in die Mittelschule Nordost ausgelagert werden könne. Die Mittelschule Nordost sei zwar, was die Klassen- und Schüleranzahl anbelangt, viel kleiner ausgelegt, doch kämen einem für die Auslagerung neue Planungsgrundsätze zugute. Beim Mittelschulgebäude gebe es ein Lernhaus-Clusterkonzept. Dabei bestehe die Möglichkeit, Räume mit Multifunktionsräumen, die als Ersatzklassenzimmer

verwendet werden könnten, flexibler zu planen. Dadurch schaffe man nicht nur 30 sondern 42 Klassenzimmer. Sechs Klassenräume müssten noch gebaut werden, damit alle Klassen und Kurse ihren eigenen Raum hätten. Neben Forumsflächen gebe es in jedem Cluster einen Inklusionsraum, die man für Differenzierungszwecke verwenden könne. Natürlich gebe es Einschnitte und man stelle kein optimales Raumprogramm zur Verfügung. Die Räume würden doppelt genutzt werden, was bedeute, dass man keine separaten Flächen für die Ganztagsbetreuung habe. Mit einem Möblierungskonzept und mobiler Möblierung in den Klassenzimmern können diese auch für die Ganztagsbetreuung mitgenutzt werden. Die Fachräume seien für ein Gymnasium quantitativ nicht bedarfsdeckend. Hier brauche man fünf zusätzliche Räumlichkeiten. Damit das genehmigungsfähig sei, werde man es rein formal auf die beiden Raumprogramme Realschule und Mittelschule aufteilen. So werde man für das Katharinen Gymnasium die notwendigen sieben Fachräume mit Nebenräumen bekommen und den Bedarf für die Auslagerung decken.

Frau Bürkl ergänzt ihre Vorrednerin dahingehend, dass ein wesentlicher Vorteil der Komplettauslagerung sei, dass am neuen Standort auf dem Rosner-Gelände direkt Sportanlagen am Schulgebäude seien, wodurch das Katharinen Gymnasium nicht pendeln müsse, wie es bei einer Teilsanierung der Fall wäre.

Sowohl Schulen und Kitas, wie auch das Theater würden Ingolstadt ausmachen und kulturelle Identität stiften, so Oberbürgermeister Dr. Kern an Stadtrat Achhammer gewandt. Am Ende müsse immer geschaut werden, ob man es finanziert bekomme, aber es brauche auch eine Zielsetzung. Das Ziel sei, die ordentliche Beschulung und die ordentliche Theatersanierung umzusetzen. Zur Mittelschule Mitte-West erklärt er, dass der Bezirk Oberbayern plane, dort die K-Schule zu errichten. Es handle sich um zwei verschiedene geplante Schulbauvorhaben. Der Bezirk sei über das Verschieben der Mittelschule informiert, werde jedoch sein Bauvorhaben der K-Schule vorantreiben. Früher oder später werde auch der Bau der Mittelschule Mitte-West realisiert, jedoch müsse man hinsichtlich der Konsolidierung priorisieren. Im Nordosten Ingolstadts herrsche ein drängender Bedarf.

Bei den Schulen erinnert sich Stadtrat Achhammer, dass im Wettbewerb eine gemeinsame Tiefgarage ausgeschrieben worden sei. Er möchte wissen, ob die Auslagerung der Mittelschule Mitte-West auf drei Standorte verteilt werde, oder ob man sich nicht auch auf zwei einigen könne.

Die Mittelschule werde ohne Tiefgarage geplant, weil man die notwendigen Stellplätze oberirdisch nachweisen könne, antwortet Frau Wittmann-Brand an Stadtrat Achhammer.

Zur Frage zur Sicherung der Schulkapazitäten bis zur Errichtung der neuen Schule im Westen teilt Frau Wittmann-Ott mit, dass die beiden bestehenden Schulstandorte – die Mittelschule Auf der Schanz und die Mittelschule in Friedrichshofen – weiterhin getrennt betrieben würden. In Friedrichshofen stehe bereits eine Containeranlage mit zwölf Klassenzimmern sowie fünf weiteren Räumen zur Verfügung, die ebenfalls als Klassenzimmer genutzt werden könnten. Insgesamt handle es sich somit um 17 nutzbare Räume. Innerhalb des Schulverbunds Friedrichshofen und Auf der Schanz bestehe zudem Ausgleichspotenzial, da insbesondere Friedrichshofen eine geringe Klassenfrequenz aufweise. Dadurch könne gegebenenfalls auf die Bildung einzelner Klassen verzichtet werden. Sollten die vorhandenen Kapazitäten dennoch nicht ausreichen, bestehe die Möglichkeit, Klassen der Mittelschule Auf der Schanz in das benachbarte Ignatiushaus auszulagern. Die Klassen würden dabei organisatorisch weiterhin zur Mittelschule Auf der Schanz gehören.

Zur Mittelschule West berichtet Stadtrat Köhler, dass die UWG-Stadtratsfraktion auch beim Bezirk Oberbayern nachgefragt habe. Laut einer aktuellen E-Mail gehe der Bezirk davon aus, dass die geplante Baumaßnahme wie vorgesehen umgesetzt werde. In diesem Zusammenhang fragt er, ob die Erschließung des Gebiets „Am Dachsberg“ nicht insgesamt kostengünstiger sei, wenn sie vollständig erfolge, anstatt nur abschnittsweise. Aus Laiensicht erscheine eine Gesamterschließung wirtschaftlicher.

Frau Wittmann-Brand antwortet an ihren Vorredner, dass die Verwaltung davon ausgehe, die vollständige Erschließung des Gebiets „Am Dachsberg“ zu planen und umzusetzen. Ein Umlegungsverfahren sei erforderlich; hierzu finde bereits in der kommenden Woche ein Termin mit den Eigentümern statt. Man ziehe zudem in Erwägung, Vorverträge zu schließen – ein neuer Ansatz, der gemeinsam mit den Eigentümern besprochen werden solle. Es könne vorkommen, dass der Bau der Schule vor Abschluss der vollständigen Erschließung beginne. Dies sei jedoch unproblematisch, da beide Prozesse parallel verlaufen könnten.

Stadtrat Köhler merkt an, dass das Projekt derzeit auf das Jahr 2030 ausgerichtet sei. Sollte sich jedoch eine Möglichkeit ergeben, die sich finanziell oder hinsichtlich der Planungs- oder Baukosten positiv auswirke, plädiert die UWG-Stadtratsfraktion dafür,

das Thema erneut im Stadtrat zu behandeln. Gegebenenfalls könne dadurch ein früherer Baubeginn ermöglicht werden.

Oberbürgermeister Dr. Kern betont, wie wichtig es sei, bereits über fertige Planungen zu verfügen. Sollten sich Möglichkeiten ergeben, das Projekt zu beschleunigen, könne man rasch reagieren. Man sei planerisch gut vorbereitet und könne bei entsprechender finanzieller Ausstattung oder durch geeignete Förderprogramme sehr schnell mit der Umsetzung beginnen. Es sei entscheidend, bereits in der Krise die Grundlagen für einen zügigen Projektstart zu schaffen.

Stadträtin Leininger betont, dass das vorliegende Programm aus der Not heraus entstanden sei. In diesem Zusammenhang habe sie die von Stadtrat Achhammer zuvor geäußerten Aussagen, dass es durchaus hilfreich sein könne, wenn weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, da dies zu einer bewussteren Planung und Entscheidungsfindung führe, relativiert. Dennoch sei es sehr bedauerlich, dass derzeit keine Mittel für die Umsetzung des ursprünglich vorliegenden Schulentwicklungsplans vorhanden seien. Die daraus entstehenden Schäden und Kollateralschäden würden im Schulentwicklungsbericht, der unter Tagesordnungspunkt 2 behandelt werde, deutlich. Begriffe wie „Container“, „Umziehen“ und „Rochaden“ prägten den Bericht, was zeige, dass insbesondere die Grundschulen auf absehbare Zeit im Provisorium verbleiben müssten. Die Schulen Auf der Schanz und Friedrichshofen würden voraussichtlich über Jahre hinweg in ihrem derzeitigen Zustand verbleiben, obwohl ursprünglich andere Entwicklungen vorgesehen gewesen seien. Zwar liege nun ein gangbarer Weg vor, doch angesichts der angespannten Haushaltslage bleibe der Stadt kaum eine andere Wahl. Noch vor einem halben Jahr habe die Situation deutlich günstiger ausgesehen. Die Zustimmung zu diesem Konzept falle schwer, da es insbesondere zulasten der Mittelschulen gehe. Sie stimmt Stadtrat Dr. Schickel zu, der darauf hingewiesen, dass die geplante Mittelschule Nordost sich um etwa zehn Jahre verschiebe und dadurch andere Schülergenerationen als ursprünglich vorgesehen davon profitieren würden. Auch die frühere Planung der Schule Am Augraben sei nicht umgesetzt worden, was ebenfalls zu Enttäuschungen in der Bürger- und Schülerschaft geführt habe. Besonders eindringlich appelliert Stadträtin Leininger, Interimslösungen wie Containeranlagen mit besonderer Aufmerksamkeit zu betrachten. Es sei bekannt, dass es Beschwerden über mangelhafte Ausstattung, etwa bei Toiletten, gegeben habe. Da ganze Schülergenerationen betroffen seien, müsse die Situation vor Ort sorgfältig beobachtet und möglichst gut gestaltet werden. Das Katharinen-Gymnasium solle in die spätere Mittelschule Nordost umziehen. Dabei sei unklar, ob die

vorhandenen Räume ausreichen. Auch bei der Nutzung der Fachräume, die aus Fördergründen auf Realschule und Mittelschule verteilt würden, bestehe Klärungsbedarf. So sei offen, ob diese vom Katharinen-Gymnasium oder von der neu entstehenden Realschule genutzt würden. Zur Schule Am Dachsberg merkt sie, dass diese nicht einmal mehr am mittelfristigen Planungshorizont erscheine, da keine konkrete Jahreszahl genannt werde. Man müsse an dem Projekt dranbleiben und habe die Verpflichtung, den aktuellen Zustand in den betroffenen Schulen zu begleiten und zu verbessern. Sobald finanzielle Spielräume bestünden, müssten die Prioritäten klar gesetzt und das Programm zügig weiterverfolgt werden.

Oberbürgermeister Dr. Kern betont, dass man nachhaltig in feste Bauwerke investieren wolle und nicht in teure Container oder Interimslösungen. Ein Teil des aktuellen Vorschlags sehe daher vor, auf die ursprünglich geplante Containerlösung in Oberhaunstadt zu verzichten. Durch eine geplante Rochade, also eine strategische Umverteilung von Schulnutzungen, könne dies ermöglicht werden: Wenn die Mittelschule Südost bezogen werde, werde das Gebäude der Mittelschule Lessing frei. Dieses könne dann von der Pestalozzi-Schule genutzt werden. Dadurch bleibe der Stadt die Anschaffung einer neuen Containeranlage erspart.

Zur Frage der Fachräume erklärt Frau Wittmann-Ott, dass das Katharinen-Gymnasium während seiner Auslagerung in ein separates Schulgebäude verlegt werde. Die dort entstehende Mittelschule werde mit eigenen Räumen ausgestattet. Die Realschule erhalte ihr vollständiges Raumprogramm und die benötigten Fachräume gemäß ihrer Größe. Es sei nicht vorgesehen, dass das Gymnasium Fachräume der Realschule nutze. Stattdessen würden zusätzliche Räume für den Auslagerungszeitraum geschaffen. Man plane, bestimmte Bereiche wie die Essensversorgung oder Fachräume gegebenenfalls gemeinsam zu nutzen, um Synergien zu erzielen. Dies ändere jedoch nichts an der Gesamtanzahl der Räume – die Realschule werde nicht eingeschränkt.

Ergänzend zu den Containeranlagen teilt Frau Bürkl mit, dass es sich beispielsweise in Friedrichshofen um gut ausgestattete Einheiten handle. Diese würden über digitale Infrastruktur und neue Möblierung verfügen und seien daher gut nutzbar. Wie bereits vom Oberbürgermeister erwähnt, sei im Nordosten bewusst auf eine Containerlösung verzichtet worden, um stattdessen in die endgültige Baumaßnahme zu investieren. Die Auslagerung der Mittelschule Pestalozzi erfolge in ein bestehendes Schulgebäu-

de. Zwar handle es sich um eine Rochade, doch die Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler vor Ort seien angemessen und tragfähig.

Herr Grandmontagne weist daraufhin, dass der Begriff „Container“ im Schulentwicklungsbericht nicht übermäßig häufig vorkomme – konkret an drei Stellen: bei Unsernherrn, Friedrichshofen und Auf der Schanz. Es sei daher nicht zutreffend, dass die Stadt bei den Schulen flächendeckend auf Containerlösungen angewiesen sei. Vielmehr handle es sich um bestehende Standorte, an denen Container bereits genutzt würden, sowie um eine notwendige Maßnahme in Unsernherrn. Wie von Oberbürgermeister Dr. Kern bereits ausgeführt, werde in Oberhaunstadt bewusst auf eine Containerlösung verzichtet, um stattdessen in die endgültige Baumaßnahme zu investieren. Die Verwaltung versuche, den Einsatz von Containern auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen, wobei die Qualität der eingesetzten Anlagen hoch sei. Der Hinweis, auf die Ausstattung und Bedingungen in den Containern zu achten – etwa hinsichtlich Temperatur oder sanitären Anlagen – sei dennoch berechtigt und wichtig, betont er. Man müsse sicherstellen, dass die Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler auch in Übergangslösungen angemessen seien.

Stadtrat Dr. Schuhmann weist daraufhin, dass nach 20 Jahren Stillstand nun endlich Bewegung in die Schulentwicklung komme – wie zuvor von Stadtrat Dr. Schickel angemerkt. Gleichzeitig betont er, dass es wenig zielführend sei, über vergangene Versäumnisse zu klagen, auch wenn diese nicht kommentarlos hingenommen werden könnten. Als Beispiel führt er das Katharinen-Gymnasium auf, bei dem es über Jahre hinweg zu baulichen Mängeln wie Wassereintritt gekommen sei – mehrfach sei dies bei Besuchen deutlich geworden. Er kritisiert, dass die Vorlage erstmals im Gremium beraten werde, obwohl wesentliche Inhalte bereits im Donaukurier zu lesen gewesen seien. Die ursprünglich als unrealistisch empfundene Totalauslagerung des Katharinen-Gymnasiums erscheine nun als alternativlos, was als problematisch empfunden werde. Die Vorstellung, dass ein Gymnasium vollständig in eine noch nicht geplante Mittelschule verlegt werde, habe zunächst große Skepsis ausgelöst – insbesondere hinsichtlich der Fachraumausstattung und der organisatorischen Umsetzung.

Frau Wittmann-Ott habe zwar hilfreiche Erläuterungen gegeben, so Stadtrat Dr. Schuhmann, dennoch bleibe die Frage offen, wie eine so große Schülerzahl in einem kleineren, noch nicht fertig geplanten Gebäude untergebracht werden solle. Auch die Nutzung und Verteilung der Fachräume zwischen Realschule und Gymnasium sei aus seiner Sicht nicht ausreichend geklärt. Die Entscheidung, das Gymnasium in Manching nicht weiterzuverfolgen, sei ein strategischer Fehler. Die räumliche

Nähe für Schülerinnen und Schüler aus Niederstimm sei dabei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Im Zusammenhang mit dem Gymnasialkonzept herrsche eine Unterdeckung von insgesamt 49 Klassen an verschiedenen Standorten, darunter 19 am Katharinen-Gymnasium und 13 in Gaimersheim. Dies zeige, dass über Jahre hinweg keine ausreichenden Maßnahmen getroffen worden seien. Der Trend zum Gymnasium werde voraussichtlich weiter zunehmen, wie auch die steigenden Übertrittsquoten in Ingolstadt und im Landkreis Pfaffenhofen belegen würden. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen können, da wesentliche Fragen offen seien und die Entscheidung als zu weitreichend empfunden werde, teilt Stadtrat Dr. Schuhmann mit. Es sei notwendig, sich weiter zu informieren und die Auswirkungen insbesondere für die betroffenen Schülergenerationen sorgfältig zu prüfen. Die Auslagerung einer großen Zahl von Gymnasiasten in eine noch nicht geplante Mittelschule sei schwer nachvollziehbar. So könne die SPD-Stadtratsfraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Schickel habe angesichts der fortgeschrittenen Zeit angeregt, die vertiefte Diskussion mit Stadtrat Dr. Schuhmann gegebenenfalls bilateral fortzusetzen. Man habe sich bewusst gegen eine Sanierung im laufenden Betrieb des Katharinen-Gymnasiums entschieden, da dies bedeutet hätte, über zwölf Jahre hinweg auf einer Baustelle zu arbeiten und die Schüler auf dieser zu beschulen. Die Sanierungsarbeiten im bestehenden Betongebäude hätten abschnittsweise erfolgen müssen, mit Rücksicht auf Ferienzeiten, Abiturphasen und laufenden Schulbetrieb. Zudem sei die Schadstoffproblematik im Gebäude ein weiterer belastender Faktor gewesen. Vor diesem Hintergrund sei die Entscheidung gefallen, das Gymnasium für vier bis fünf Jahre in eine neu gebaute Schule auszulagern – trotz der damit verbundenen Einschränkungen. Es handle sich um eine „Operation am offenen Herzen“, die jedoch als das kleinere Übel gegenüber einer langjährigen Baustellensituation bewertet worden sei. Die Verwaltung habe betont, dass diese Lösung nicht ideal sei, aber unter den gegebenen Umständen die vertretbarste Option darstelle.

Oberbürgermeister Dr. Kern meint an Stadtrat Dr. Schuhmann gerichtet, dass die vorgestellten Zahlen bereits in zwei interfraktionellen Arbeitskreisen präsentiert worden seien. Daher könne die aktuelle Vorlage nicht völlig überraschend gekommen sein. Dennoch sei die heutige Sitzung als öffentliche Ausschussberatung entscheidend, und es sei selbstverständlich möglich, die Inhalte in den Fraktionen weiter zu beraten. Das Thema werde auch im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit nochmals vorberatend behandelt. Es müsse berücksichtigt werden, dass der

Großteil der Maßnahmen über Verbindlichkeiten finanziert werde. Deshalb sei es wichtig, jede einzelne Baustelle sorgfältig zu prüfen, bevor man sie eröffne. Denn überall dort, wo die Stadt als Bauherr auftrete, könnten unvorhergesehene Kosten entstehen. Man dürfe sich finanziell nicht überfordern, weshalb die Abwägung jeder Maßnahme besonders sorgfältig erfolgen müsse. Er betont, dass es sich um große und komplexe Themen handle, die in den vergangenen Jahren teilweise aufgeschoben worden seien. Nun sei jedoch der Zeitpunkt gekommen, diese Fragen endlich verantwortungsvoll und mit der nötigen Sorgfalt zu behandeln.

Zur Frage, wie das größere Katharinen-Gymnasium in das kleinere Gebäude der Mittelschule Nordost passe, erläutert Frau Wittmann-Ott, dass die Räume dort flexibel und multifunktional geplant würden. Während der Auslagerung solle die Nutzung der Räume intensiviert werden, indem beispielsweise die Ganztagsbetreuung in Klassenräumen und angrenzenden Foren stattfinde. Dies sei möglich, da die Räume mit mobiler Möblierung ausgestattet würden, die auch eine freizeitorientierte Nutzung ermögliche. Zusätzlich würden Fach- und fehlende Kursräume speziell für die Anforderungen eines Gymnasiums ergänzt. Insgesamt sei ein erweitertes Raumprogramm vorgesehen, das sowohl den Schul- als auch den Ganztagsbetrieb gut abdecken könne. Die Verwaltung habe betont, dass diese Lösung weniger einschränkend sei als eine abschnittsweise Sanierung im laufenden Betrieb. Stadtrat Dr. Schickel habe dies ebenfalls bestätigt und darauf hingewiesen, dass unter solchen Bedingungen kein vergleichbares Raumangebot möglich wäre, so Frau Wittmann-Ott. Man sei daher überzeugt, dass die Auslagerung in die neue Mittelschule für das Katharinen-Gymnasium die beste und am wenigsten beeinträchtigende Lösung darstelle.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass man ursprünglich andere Pläne für die Gymnasien und Mittelschulen verfolgt habe und sich auch bessere Rahmenbedingungen gewünscht hätte. Die aktuellen Sparbeschlüsse seien nicht von Anfang an vorgesehen gewesen, sondern durch die finanzielle Lage der Stadt notwendig geworden. Vor diesem Hintergrund sei nun eine Lösung vorgeschlagen worden, die möglichst geringe Belastungen verursache. Zwar seien Einschnitte unvermeidlich, doch die vorgeschlagene Maßnahme sei bedarfsgerecht und biete vertretbare Bedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie für das gesamte schulische Umfeld. Es handle sich um das geringste Übel, das unter den aktuellen Umständen vorgeschlagen werden könne. Zur Diskussion um das Zweckverbands-Gymnasium Pfaffenhofen erklärt sie, dass sie grundsätzlich eine Befürworterin dessen sei. Allerdings sei die Umsetzung eines gemeinsamen Projekts mit Pfaffenhofen derzeit finanziell nicht darstellbar. Die

Stadt müsse sich zunächst auf die Versorgung der Ingolstädter Schülerinnen und Schüler konzentrieren. Dies sei die prioritäre Aufgabe, auch wenn die Entscheidung nicht leichtfalle. Die vorgeschlagene Lösung beruhe auf intensiver Abwägung und derzeit sei keine zielführende Alternative erkennbar. Es sei jedoch selbstverständlich möglich, die Vorlage in den Fraktionen weiter zu beraten. Die finanzielle Entwicklung bleibe unsicher, doch die Stadt müsse nun handeln und könne dem Stadtrat nur das vorschlagen, was nach aktuellem Stand machbar erscheine.

Frau Bürkl erklärt zum Thema Zweckverbands-Gymnasium Pfaffenhofen, dass bereits im Herbst des Vorjahres darauf hingewiesen worden sei, dass Ingolstadt in der Vergangenheit regelmäßig drei bis vier Eingangsklassen aus Pfaffenhofen aufgenommen habe. Diese Kapazitäten stünden künftig nicht mehr zur Verfügung, da die Schulentwicklungsplanung nun gezielt auf die Versorgung der Ingolstädter Schülerinnen und Schüler ausgerichtet werde. Der Landkreis Pfaffenhofen sei daher gefordert, für seine eigenen Schülerinnen und Schüler eigene Kapazitäten zu schaffen. Wenn in jedem Landkreis ausreichend Kapazitäten für Gymnasialplätze vorhanden seien, könne es durchaus vorkommen, dass sich Schülerinnen und Schüler – je nach Wohnortnähe und Angebot – für eine Schule im jeweils anderen Landkreis entscheiden würden. In solchen Fällen würden die jeweiligen Kommunen Gastschulbeiträge entrichten. Im Gegensatz dazu sei die Beteiligung am Zweckverbands-Gymnasium Pfaffenhofen mit deutlich höheren Kosten verbunden. Neben dem laufenden Schulbetrieb müsse Ingolstadt auch den Investitionsanteil vollständig tragen. Dies sei finanziell wesentlich belastender als die Zahlung von Gastschulbeiträgen. Vor diesem Hintergrund sei die Entscheidung gefallen, sich zunächst auf die eigene Schülerversorgung zu konzentrieren.

Herr Grandmontagne stellt klar, dass auch weiterhin Gastschülerinnen und Gastschüler aus den umliegenden Landkreisen aufgenommen werden würden. Es sei jedoch nicht mehr möglich, wie früher allen externen Schülerinnen und Schülern einen Platz zu garantieren. Durch frühzeitige Abstimmung mit den Schulen und dem Einsatz des Schulverwaltungsamts sei es gelungen, auch in diesem Jahr vielen Familien entgegenzukommen, damit deren Kinder die Schule besuchen könnten, die sie wollten. Die Situation habe sich im Vergleich zum Vorjahr etwas entspannt, was sich unter anderem an der stärkeren Belegung in Wolnzach zeige. Dennoch könne die Stadt keine uneingeschränkte Aufnahmegarantie mehr geben. Er könne die Bedenken von Stadträtin Leiningner und Stadtrat Dr. Schuhmann nachvollziehen; diese würden auch innerhalb der Verwaltung geteilt. Die aktuelle Lage sei für alle Beteiligten sehr belastend,

insbesondere für das Referat IV, das stark betroffen sei. Die Geschwindigkeit, mit der Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden müssten, sei herausfordernd, aber notwendig, um handlungsfähig zu bleiben. Es sei nicht möglich, Entscheidungen weiter aufzuschieben. Man benötige zeitnahe Beschlüsse zu den Themen Schule und Theater, da ohne diese keine Gesamtschlussrechnung erstellt werden könne. Diese sei wiederum Voraussetzung für die Verhandlungen mit der Bezirksregierung und damit für die Kreditaufnahmen, ohne die keine Bauprojekte realisiert werden könnten. Die Verwaltung befinde sich in einer Situation mit hohem Druck, geprägt von Aufgabenprüfungen, Personalkonsolidierung, Kürzungen und zahlreichen Baustellen im Bildungs- und Kulturbereich. Dennoch sei das Ziel, die Maßnahmen so zu gestalten, dass bei einer Verbesserung der finanziellen Lage schnell wieder aufgestockt und erweitert werden könne. Aktuell fahre man mit einer Minimallösung, um die dringendsten Probleme zu bewältigen. Daher appelliert Herr Grandmontagne an den Stadtrat, die notwendigen Entscheidungen zu treffen und der Verwaltung das Vertrauen zu schenken, die Umsetzung verantwortungsvoll zu gestalten.

Herr Fleckinger teilt mit, dass die heute vorgestellte Lösung in enger Zusammenarbeit zwischen dem Referat IV, dem Referat VI, der Kämmerei und dem Referat II erarbeitet worden sei. Es handle sich dabei nicht um die bestmögliche, sondern um die notwendige Variante, die ausschließlich die dringendsten Maßnahmen enthalte. Er habe sich die aktuellen Finanzaufnahmen angesehen. Laut den vorliegenden Daten, hier seien die gelb markierten Projekte aus der bunten Liste mitenthalten, liege die geplante Kreditaufnahme bis zum Jahr 2028 bei über 520 Millionen Euro. Durch die Einsparungen in Höhe von über 60 Millionen Euro, die durch das Referat VI in Abstimmung mit dem Referat IV erzielt worden seien, könnten die bisher außerhalb der Mittelfristplanung schon für das Jahr 2029 mit über 80 Millionen Euro für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen vorgesehenen Investkosten annähernd in der bisherigen Gesamtkreditaufnahme abgebildet werden. Dies zeige aber auch, dass der Einspareffekt bis 2028 voraussichtlich bereits im Folgejahr wieder aufgezehrt werde. Die Kämmerei habe deutlich gemacht, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen nahezu ausschließlich über Kredite erfolgen müsse – unabhängig von möglichen FAG-Fördermitteln. Man rechne bei der Umsetzung aller bisher diskutierten Zukunftsmaßnahmen bis Mitte der 2030er Jahre mit einer Verschuldung von bis zu einer Milliarde Euro. Ohne einen ausgeglichenen und tragfähigen Haushalt, der auch entsprechend Überschüsse im Verwaltungshaushalt generiere, könnten die jeweiligen Kreditaufnahmen für die vorgesehenen Maßnahmen nur über Einzelgenehmigungen der Rechtsaufsicht umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund bittet Herr Fleckinger dringend, im Stadtrat zumindest

Eckpfeiler für die Umsetzung der finanzierbaren Maßnahmen zu setzen. Die Situation sei äußerst ernst, und auch wenn die Entscheidungen mit Wehmut getroffen würden, gebe es hierzu keine Alternative. Die Haushaltsplanung für das kommende Jahr werde ohnehin eine große Herausforderung darstellen.

Herr Reibenspieß betont, dass für die FW-Stadtratsfraktion alle Schularten oberste Priorität hätten. Mit Blick auf das geplante Raumprogramm für das Katharinen-Gymnasium bestünden jedoch große Bedenken. Die Vorstellung, 42 Klassen plus sechs weitere in einem Gebäude unterzubringen, bereite erhebliche Bauchschmerzen. Er habe die synergetischen Lösungen zur flexiblen Raumnutzung zum ersten Mal gehört und hoffe, dass diese in der Praxis funktionieren würden und den Schülerinnen und Schülern ein angemessenes Lernumfeld geboten werde – sowohl während der Auslagerung als auch anschließend für die Mittelschüler. Zudem weist er auf das Rosner-Gelände hin, das künftig mehrere große Schulbauten sowie Sportanlagen aufnehmen solle. Er stellt die Frage, ob die Flächen insgesamt ausreichend seien. Vor dem Hintergrund der begrenzten räumlichen Möglichkeiten an bestehenden Gymnasien in der Innenstadt – etwa am Scheiner-, Katharinen- oder Reuchlin-Gymnasium – regt er an, künftig Obergrenzen für die Größe von Gymnasien zu definieren. Dies solle in Absprache mit den Schulleitungen erfolgen und könne helfen, frühzeitig in die Planung eines neuen Gymnasiums einzusteigen. Eine unbegrenzte Erweiterung bestehender Standorte führe langfristig zu Planungsproblemen und Raumnot, die im Stadtrat schwer zu lösen seien.

Stadtrat Dr. Meyer zeigt sich gegenüber der Wortbeiträge seitens Stadtrat Dr. Schuhmann und Stadträtin Leininger überrascht, denn weitere Diskussionsrunden seien aus seiner Sicht kontraproduktiv und nicht im Interesse der Schulen und der Schulfamilien. Er betont, dass Zeit auch Geld bedeute und dies ebenso auf den aktuellen Themenkomplex zutreffe. Das Konsolidierungsprogramm bei den Bauinvestitionen sei ein Beispiel für die Zwänge, denen die Kommunalpolitik zunehmend unterliege. Die Schülerzahlen stiegen in nahezu allen Schularten, neue Schulbauten seien zwar wünschenswert, jedoch fehle es an verfügbaren Flächen, Fördermitteln des Freistaats sowie an finanziellen Spielräumen. Die Ausschussgemeinschaft der FDP/JU habe bereits im Oktober 2024 den Zweckverband mit Pfaffenhofen kritisch hinterfragt. Dies sei nicht aus mangelnder Solidarität geschehen, sondern weil die finanziellen Mittel vor Ort dringend benötigt würden. Die Verwaltung habe unter schwierigen Bedingungen eine respektable Lösung erarbeitet. Die Gleichung „Container gleich schlechter“ sei nicht haltbar, da mittelfristig weniger Containerbeschulung vorgesehen sei. Dennoch

stelle die Situation eine Belastung für alle Beteiligten dar – für die Verwaltung, die Politik und insbesondere für die Schülerinnen und Schüler. Man könne nicht sicher abschätzen, ob die geplanten Maßnahmen wie vorgesehen funktionieren würden, müsse jedoch Vertrauen in die Verwaltung haben. Wenn die Schulen die Lösung trotz der Zumutungen mittragen würden, weil sie eine Sanierungsverzögerung als noch größere Belastung empfänden, unterstütze die Ausschussgemeinschaft FDP/JU diesen Weg, so Stadtrat Dr. Meyer und appelliert, dass der Stadtrat nun handeln müsse.

Stadtrat Witty äußert, dass die heutige Sitzung für ihn die bislang schwierigste der laufenden Amtsperiode sei. Zum einen habe der Finanzreferent die mehr als angespannte Haushaltslage dargestellt, zum anderen müsse über die überfällige Sanierung des Hämer Baus sowie über die Verschiebung und Aussetzung weiterer Schulbauprojekte gesprochen werden. Außerdem habe das Ausschussmitglied in den vergangenen Tagen für sich Revue passieren lassen, dass bei Bezirksausschusssitzungen und Bürgerversammlungen immer wieder neue Zeiträume für die dringend notwendigen Maßnahmen am Katharinen- und Apian-Gymnasium genannt worden seien. Diese Zeiträume würden jedoch fortlaufend weiter nach hinten verschoben, was die Problematik zusätzlich verschärfe. Dies vermittle der Öffentlichkeit ein zunehmend negatives Bild der Stadtratsarbeit, was zu kritischen Rückmeldungen aus der Bürgerschaft führe. Er betont, dass trotz der intensiven Bemühungen der Verwaltung die öffentliche Wahrnehmung leide und Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Stadtrats laut würden. Für die bevorstehende Stadtratssitzung am 29. Juli 2025 bittet er, die Perspektiven der betroffenen Schulfamilien einzubeziehen. Es sei wichtig zu erfahren, wie diese zu den aktuellen Planungen stünden und ob sie weitere Vorschläge oder Anregungen hätten. Zwar gebe es bereits Rückmeldungen vom Leiter des Katharinen-Gymnasiums, Stadtrat Dr. Schickel, jedoch seien mehrere Schulen betroffen. Ein breiterer Einblick aus der schulischen Praxis sei daher für die Entscheidungsfindung essenziell.

Herr Grandmontagne meint an Stadtrat Witty, dass die Schulleitungen – sowohl der Grund- und Mittelschulen als auch der Gymnasien – bereits auf Einladung des Oberbürgermeisters eingebunden worden seien. Man habe die Planungen mit ihnen besprochen und auf Rückfragen reagiert. Die Schulfamilien hätten die vorgestellten Maßnahmen nachvollziehen können und zunächst keine grundsätzliche Ablehnung geäußert. Die Rückmeldungen seien zwar nicht besonders tiefgehend gewesen, doch

sei man auf überraschend großes Verständnis gestoßen. Die Maßnahmen seien von den Schulen als grundsätzlich machbar eingeschätzt worden.

Stadtrat Köhler bittet darum, die Antragsziffer 3 Buchstabe d. Ziffer IV im Hinblick auf die Jahre 2030 ff. des Antrags der Verwaltung etwas abzumildern. Es sei aus seiner Sicht nicht sinnvoll, sich bereits jetzt auf diesen Zeitraum festzulegen, da die zukünftige Entwicklung noch nicht absehbar sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern antwortet an seinen Vorredner, dass die Formulierung zum Baubeginn der Mittelschule Mitte-West überdacht werden könne. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Planung mit der Finanzmittelfristplanung übereinstimme.

Herr Hoffmann erklärt an Stadtrat Köhler gerichtet, dass der frühestmögliche Baubeginn der Mittelschule Mitte-West ab dem Jahr 2030 bereits ausführlich diskutiert worden sei. Es sei mehrfach deutlich geworden, dass diese zeitliche Festlegung weder leicht gefallen sei noch aus mangelndem Engagement resultiere – insbesondere nicht seitens der Bauverwaltung, die grundsätzlich bereit sei, früher zu starten. Allerdings sei ein Baubeginn vor dem Jahr 2030 realistisch nicht umsetzbar. Die Formulierung „2030 ff.“ sei bereits in der Vorlage enthalten und trage dem Umstand Rechnung, dass selbst das Jahr 2030 nicht garantiert werden könne. Die gesamte Planung stehe unter einem Finanzierungsvorbehalt, worauf der Finanzreferent wiederholt hingewiesen habe. Man könne zwar Pläne entwerfen, müsse jedoch abwarten, wie sich die finanzielle Lage zum jeweiligen Zeitpunkt tatsächlich darstelle.

Herr Fleckinger schlägt vor, die Formulierung in der Antragsziffer 3 Buchstabe d. Ziffer IV „[...] auf die Jahre 2030 ff. verschoben“ abzumildern und stattdessen in „Beim Baubeginn der Mittelschule Mitte-West (Am Dachsberg) werden die Jahre 2030 ff. ins Auge gefasst.“. Selbst die dringendsten und priorisierten Maßnahmen würden weiterhin unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Genehmigungen stehen. Es sei keineswegs sicher, dass die Umsetzung gewährleistet sei – auch wenn der Stadtrat grundsätzlich weitere Projekte auf die Liste setzen könne. Man sei bereits dankbar, wenn die Regierung ein Signal dafür gebe, dass ein klarer, nachvollziehbarer und belegbarer Konsolidierungskurs verfolgt werde – sowohl im Vermögenshaushalt als auch im Verwaltungshaushalt. In beiden Haushaltsteilen seien in den kommenden Jahren erhebliche Schwierigkeiten zu erwarten. Die finanzielle Lage der Stadt sei sehr ernst, was sich unter anderem an der vergleichsweise niedrigen

Gewerbesteuereinnahme von bereinigt rund 40 bis 45 Millionen Euro zeige – deutlich weniger als in Städten wie Regensburg oder Erlangen. Auch für die Jahre 2026 und 2027 seien die aktuellen Ansätze nur sehr schwer zu halten. Die Stadt bewege sich in einer unterdurchschnittlichen Einnahmesituation, was als Fakt anerkannt und auch öffentlich kommuniziert werde.

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wird der Tagesordnungspunkt für weitere Beratungen in die Fraktionen verwiesen.

**2 . Schulentwicklungsbericht 2025
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0437/25**

Bekannt-
gabe

Bekanntgabe:

Der Schulentwicklungsbericht 2025 für die Allgemeinbildenden Schulen (Grund-, Mittel-, Realschulen, Gymnasien) und Förderschulen wird bekanntgegeben.

Herr Grandmontagne geht auf die Folie 28 der Präsentation ein, auf der die Kategorien Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen, Gymnasium sowie sonderpädagogische Förderzentren in Ingolstadt im bewährten Muster dargestellt seien. In den nächsten Jahren seien bei den Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien ein erheblicher Zuwachs zu erwarten. Diese Zahlen seien in den aktuellen Planungen berücksichtigt und würden keine Neuerung darstellen. Bei den Förderzentren sei die Lage konstant geblieben.

Stadtrat Witty fragt, aus welchem Grund die Berufsschulen in der Übersicht nicht aufgeführt seien.

Frau Wittmann-Ott erklärt, dass für die Berufsschulen keine validen Prognosen erstellt werden können, da viele Unwägbarkeiten vorhanden seien. Die Entwicklung bestimmter Ausbildungsrichtungen seien schwer vorherzusagen, weil es unter anderem viele Einpendelungen aus den Landkreisen gebe. Solch eine Prognose sei empirisch nicht vertretbar. Dieses Problem bestehe nicht nur bei der Stadt Ingolstadt, sondern auch bei interkommunalen Partnern.

Stadtrat Semle fragt, wie valide die Zahlen seien, da Prognosen normalerweise mit einem unteren und oberen Wert arbeiten würden. Er gibt zu bedenken, dass der Prognosezeitraum sehr lang sei und sich die Zahlen in zwei Jahren möglicherweise bereits deutlich ändern könnten.

Frau Wittmann-Ott antwortet an ihren Vorredner, dass die Prognose hauptsächlich auf der Geburtenentwicklung im Melderegister basiere. Man rechne nicht mit Fertilitätsraten, da dies eine hohe Unsicherheit mit sich bringe. Zudem berücksichtige man die Bauüberhänge, also genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben. Die bisherigen Prognosen seien sehr treffsicher gewesen. Rückblickend sei das, was vorher prognostiziert worden sei, fast genau so eingetreten. Man rechne auch mit Übertritten und Rückläufern, etwa auf weiterführende Schulen, wobei Durchschnittsquoten angewandt würden, was der statistischen Methodik entspreche und zu einer relativ validen Prognose führe. Natürlich seien Prognosen nichts Statisches. Die aktuellen Zahlen könnten sich in den nächsten zehn Jahren noch verändern, was zu Anpassungen führen könne. Dennoch seien die Prognosen hilfreich, um die notwendigen Schulbaumaßnahmen abzuleiten.

Frau Bürkl ergänzt, dass das Berechnungsverfahren auf Schülerzahlen basiere, die aus dem Melderegister und Bauüberhängen ermittelt werden würden. Dieses Verfahren sei auch extern validiert worden. Die Zahlen beziehe man vom Sachgebiet für Statistik und Stadtforschung. Die Daten würden sehr detailliert aufbereitet, jährlich aktualisiert und fortgeschrieben werden, sodass man eine grundsätzlich gute Prognose erstellen könne. Nichtsdestotrotz gebe es externe Einflüsse, auf die man keinen Einfluss habe, wie beispielsweise Migration oder die Ukraine Krise. Wenn es zu einem plötzlichen Anstieg der Schülerinnen und Schüler komme, könne die Prognose deutlich von den tatsächlichen Zahlen abweichen.

Herr Grandmontagne teilt mit, dass das Bild der Schulentwicklungsprognose nicht nur nach oben gerichtet sei. Die Kurve bei den Grundschulen könnten auch wieder sinken, was für die Planung der baulichen Kapazitäten ebenfalls relevant sei. Die Prognose werde voraussichtlich bei den Grundschulen um die Jahre 2028/2029 und bei den anderen Schultypen bis 2031/2032 Spitzen erreichen, aber danach wieder sinken. Dies hänge unter anderem von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Schwankungen könnten nie ausgeschlossen werden und müssten bei einer Prognostizierung ebenso beachtet werden.

Stadtrat Reibenspieß bezieht sich auf die Folien 9 und 10 der Präsentation. Dort seien ein Schülerstand von 95 Schülern für das aktuelle Schuljahr und für das Jahr 2031/2032 mit allen Schwankungen berücksichtigt, eine Zahl von 99 Schülern ausgewiesen. Er stellt fest, dass die Schülerzahl relativ stabil sei. Bei der Grundschule Münchner Straße auf Folie 9 liege die Prognose für das Jahr 2026/2027 bei 417 Schülern, was im Vergleich zum Bestand von 394 eine Steigerung darstelle. Im Jahr 2026/2027 würden jedoch Schüler von der Grundschule Münchner Straße nach Unsernherrn wechseln. Dazu möchte er wissen, ob diese Zahlen bereits berücksichtigt seien.

Frau Wittmann-Ott antwortet ihre Vorredner, dass die vorliegenden Prognosen dem aktuellen Stand entsprächen, so wie die Schulstandorte derzeit regelmäßig bestehen würden. Die geplanten Änderungen seien in den Prognosen nicht dargestellt, weil die Intention gewesen sei, den Handlungsbedarf abzubilden.

Stadtrat Reibenspieß fragt, von wie vielen Klassen man bei der Münchner Straße ausgehe.

Frau Wittmann-Ott antwortet an ihren Vorredner gerichtet, dass man in der Münchner Straße Kapazitäten in Höhe von 19 Klassen habe. Man sprengle nach Unsernherrn um, wo die Erweiterung zehn Klassen beherbergen könne.

Stadtrat Reibenspieß fragt, ob die ausgelagerten Klassen vorübergehend in Containern untergebracht werden würden.

Frau Wittmann-Ott bestätigt die Frage seitens Stadtrat Reibenspieß.

Stadtrat Dr. Schickel stellt fest, dass die Entlastung des sonderpädagogischen Förderzentrums August-Horch-Schule mit Kösching zusammenhänge. Er möchte wissen, woher die Entlastung der Emmi-Böck-Schule stammt und warum dort ein Rückgang festzustellen sei. Bei den Realschulen sei der Zuwachs um 765 Schüler, wobei er wissen möchte, ob die Ingolstädter Schüler Vorrang hätten. Bei den Gymnasien mit einer insgesamt Zahl von 8.800 Schülern fragt er, ob dabei die Kinder aus den Landkreisen miteinberechnet seien.

Frau Bürkl führt aus, dass bei dem sonderpädagogischen Förderzentrum die Entlastung jetzt deutlich spürbar sei, weil Kösching zum Schuljahr 2025/2026 starte. Es

würden alle Schülerinnen von der Jahrgangsstufe 1 bis 8 komplett in das neue Zentrum in Kösching wechseln. Außerdem würden die Schüler aus Eichstätt vollständig in das neue Zentrum in Kösching gehen. Bezüglich der Emmi-Böck-Schule sei die Entwicklung nach der Prognose so, wie sie dargelegt worden sei. Dies hänge möglicherweise damit zusammen, dass durch die Inklusion mehrere Kinder an die Regelschulen gingen.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

**3 . Grundsatzbeschluss Sanierung des Hämerbaus (i.V.m. der Vorlage V0439/25 über die Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 für den Hämerbau) (Referent: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann)
Vorlage: V0479/25**

Beratend

Antrag:

- 1) Der Stadtrat stellt den dringenden Sanierungsbedarf des Hämer-Baus (Stadttheater) fest und beschließt, den Hämer-Bau einschließlich der Werkstattbühne mit dem Jungen Theater sowie der städtischen Galerie nach der Spielzeit 2025/2026 zum September 2026 zu schließen und den Betrieb des Theaters einzustellen. Abweichend hiervon wird der Betrieb des Festsaals sowie der Gastronomie noch bis Ende Juli 2027 fortgesetzt, anschließend wird auch dieser eingestellt und das Gebäude geschlossen. Beide Zeiträume stehen unter der Voraussetzung der technischen Betriebssicherheit.
- 2) Der Stadtrat bekundet seine grundsätzliche Absicht, den Hämer-Bau als zentrale Kunst- und Veranstaltungsstätte zu erhalten und möglichst zeitnah zu sanieren. Dabei soll die Sanierung das Ziel haben, den reibungslosen Betrieb zu den aktuellen Nutzungsbedingungen wiederherzustellen.
- 3) Der Stadtrat stellt fest, dass eine zügige Sanierung aus baulichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen die präferierte Vorgehensweise - unter der Voraussetzung der finanziellen Darstellbarkeit - ist. Entsprechend erfolgt mittels gesonderten Beschlusses die Beauftragung der HOAI-Leistungsphasen 3 und 4, um den Kosten- und Förderrahmen zu konkretisieren. Nach deren Fertigstellung ist eine finale Beschlussfassung über die Sanierung des Hämer-Baus voraussichtlich Mitte 2026 vorgesehen.
- 4) Der Stadtrat stellt fest, dass aktuell keine einzelne geeignete Interimsstätte zur Verfügung steht, die das bisherige Veranstaltungsportfolio des Festsaals in Gänze abbilden würde. Die Errichtung einer eigenen Immobilie auf dem Volksfestplatz ist momentan weder finanziell darstellbar, noch in einem notwendigen Zeitrahmen zu realisieren und wird daher nicht weiterverfolgt. Unabhängig davon werden weiterhin aktiv Möglichkeiten zur Unterbringung größerer Veranstaltungen durch die Verwaltung gesucht.

- 5) Für die Sanierung müssen alle verbliebenen Büros, Werkstätten und Bühnen geräumt werden und aus dem Hämerbau ausziehen. Stadtverwaltung und Stadttheater werden beauftragt, zeitnah ein möglichst kostengünstiges Umzugs- und Interimskonzept möglichst in bestehende städtische Liegenschaften zu erarbeiten.

Oberbürgermeister Dr. Kern betont, wie wichtig die Arbeit des Stadttheaters und dessen Sanierung sei. Er weist auf das Katharinen Gymnasium hin, bei dem es sich auch um einen Hämer Bau handle, es bei der vorliegenden Beschlussvorlage jedoch nur um das Stadttheater und den Festsaal gehe.

Herr Grandmontagne teilt mit, dass man nach vielen Monaten der Vorbereitung und der Abstimmung mit dem Referat VI, der INKoBau, dem Stadttheater und der Festsaalverwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage erstellen konnte, die der Verwaltung ermögliche, im Stadtrat Entscheidungen zu treffen. Die vorliegende Beschlussvorlage über den Grundsatzbeschluss der Sanierung des Hämer Baus sei eine Kontextualisierung der gesamten Komplexität, die mit dem Bau zusammenhänge. Er präzisiert Oberbürgermeister Dr. Kern in dem Punkt, dass beim Hämer Bau nicht nur das Stadttheater, sondern auch der Festsaal mitgemeint sei. Im Rahmen des Grundsatzbeschlusses habe man versucht, die aktuelle Situation und den Sanierungsbedarf transparent darzustellen. Der dringende Sanierungsbedarf, insbesondere bei technischen Anlagen wie Klimaanlage und sanitären Einrichtungen sei unter anderem auch in der Vorprojektgenehmigung deutlich gemacht worden. Die bestehenden Mängel, die die Nutzung immer mehr einschränkten, seien inzwischen untragbar. Nun sei es notwendig, verbindliche Termine festzulegen, um die Planungssicherheit für das Theater zu gewährleisten. Vorgeschlagen worden sei, den Theaterbau bis September 2026, nach der nächsten Spielzeit, vollständig zu schließen und auszuräumen, so dass das Theater am Glacis bereits für die Spielzeit 26/27 planen könne. Der Festsaal solle bis Juli 2027 in Betrieb bleiben, um die Schulveranstaltungen im Schuljahr 26/27 zu ermöglichen. Derzeit gebe es keine greifbare Lösung für eine Interimsräumlichkeit des Festsaals. Obwohl es in Ingolstadt mehrere Veranstaltungsorte gebe, sei keiner in der Größe und zu den Bedingungen vorhanden, um das Festsaalprogramm mit etwa 200 Veranstaltungen und 250 Belegungstagen sowie 140 Veranstaltungen mit über 800 Teilnehmern adäquat aufzunehmen. Die Pläne für das Donaukurier-Gelände hätten sich bereits im Frühling erledigt. Das Maritim Hotel könne die erforderlichen Preise nicht bieten, sodass ein Wechsel dorthin für die Mieter, die den Festsaal bereits gebucht hätten, nicht möglich sei. Gespräche mit Audi über alternative

Veranstaltungsorte wie die Halle B oder andere Stätten seien geführt, jedoch bislang keine geeignete Lösung gefunden worden. Das bedeute, dass ab Sommer 2027 viele Veranstaltungen nicht mehr in Ingolstadt stattfinden könnten, so Herr Grandmontagne. Die Mitarbeiter im Hämer Bau, etwa 70 Personen, müssten nach der Räumung des Gebäudes an andere Arbeitsplätze kommen. Es werde eng mit dem Liegenschaftsamt zusammengearbeitet, um Büroräume und Ersatzräume für Werkstätten zu finden. Die neuen Werkstätten sollten Anfang 2028 fertiggestellt werden, sodass die alten Räumlichkeiten im Hämer Bau bis dahin genutzt und anschließend in das neue Gebäude umgezogen werden könnten. Für Bühnen und andere Räumlichkeiten, wie die Werkstattbühne und das Junge Theater, seien noch Optionen in Prüfung, aber bisher keine festen Lösungen vorhanden. In dem Gebäude befänden sich außerdem eine Gastronomie, die bis zum Ende des Festsaalbetriebs im Sommer 2027 weiterlaufen solle, sowie das Café International, für das noch eine Ersatzlösung gesucht werde. Zudem würden derzeit zwei Möglichkeiten geprüft, die Städtische Galerie und die Regionale Kunst unterzubringen, was jedoch noch nicht beschlussreif sei. Bei den Lagerflächen des Theaters werde aktuell das Inventar an Bühnenbildern und Materialien geprüft was davon weg könne und was behalten werde. Diese Flächen dienten vor allem der Aufbewahrung von Bühnenbildern und Materialien, die nachhaltig wiederverwendet werden könnten. Die Lagerung sei ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit und noch dazu kostengünstig. Herr Grandmontagne bittet um Zustimmung, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorprojektgenehmigung und dem verbindlichen Zeitplan. Damit solle die Planungssicherheit gewährleistet werden, um die Buchungsanfragen für das Theater und den Festsaal bis Juli 2027 zu sichern, beziehungsweise entsprechend zu kommunizieren, dass eine andere Veranstaltungsstätte gesucht werden müsse.

Herr Utz teilt mit, dass man sich mit dem Audi-Eventservice im regen Austausch bezüglich der Nutzung einer Hälfte der 5.000 Quadratmeter großen, teilbaren Halle B befinde. Die Gesamtfläche sei für die Veranstaltungen zu groß, weswegen nur eine Hälfte der Halle benötigt werde. Derzeit gebe es 140 Veranstaltungen, die den Festsaal alternativlos brauchen würden und die man aufgrund der Personengröße und weiterer Gründe, nirgends anders unterbringen könne. Diese Veranstaltungen seien an Audi gemeldet worden, die nun prüfen, ob die Halle an diesen Terminen noch frei sei, da Audi die Halle selbst nutze. Audi habe ein entsprechendes Angebot mit Kostenaufstellung zugesichert, weil man auch eigene Technik aus dem Festsaal in die Halle B einbauen müsse. Daher benötige man vor Ort Lagerflächen, die dort erst errichtet werden müssten. Außerdem befinde sich die Halle B im sechsten oder siebten

Obergeschoss und leider gebe es nur einen kleinen Personenaufzug, der für die dafür vorgesehenen Veranstaltungen um weitere Aufzüge ergänzt werden müsste, um die Halle überhaupt sinnvoll nutzen zu können. Sobald es weitere Informationen gebe, werde man diese dem Stadtrat vorstellen.

Stadtrat Dr. Meyer fragt, ob man den jetzigen Tagesordnungspunkt 3 und Tagesordnungspunkt 4 gemeinsam behandle.

Oberbürgermeister Dr. Kern antwortet seinem Vorredner, dass man jetzt nur Tagesordnungspunkt 3 behandle, auch wenn sich viele Themenpunkte bei beiden Tagesordnungspunkten überlappen würden.

Stadtrat Dr. Schuhmann habe den Antrag der Verwaltung bei genauerer Betrachtung fast schon ironisch aufgefasst. Es sei darin festgehalten worden, dass der Stadtrat den dringenden Sanierungsbedarf des Hämer Baus nach 20 Jahren Diskussion anerkenne. Zudem sei die grundsätzliche Absicht, den Hämer Bau als zentrale Kunst- und Veranstaltungsstätte zu erhalten, festgehalten worden, was er eigentlich als selbstverständlich erachte. Die Theatersanierung habe sich jedoch auch aus Kreisen des Stadtrats, insbesondere durch eine Gruppe nicht nur verzögert, sondern sie sei nahezu torpediert worden, kritisiert er und erinnert an eine Plakat-Aktion, die zu einer schlechten Stimmung geführt habe. Der Erhalt des Hämer Baus könne nur gelingen, wenn heute einstimmig zugestimmt werde, appelliert er. Sonst blamiere sich Ingolstadt als Kulturstadt.

Stadträtin Leininger betont, dass der Hämer Bau mit dem Festsaal und dem Stadttheater das Herz Ingolstadts sei. Für das Theater habe man mit dem Holztheater am Glacis eine gute Lösung gefunden, auch wenn man das Umfeld noch einladender gestalten müsse. Auch die Gastronomie sei an dem Standort noch nicht endgültig gelöst. Sie bedauert, dass die zwei diskutierten Ideen für den Festsaal aufgrund der unerschwinglichen Kosten der baulichen Veränderungen in der Kürze der Zeit nicht umsetzbar seien. Sie wünscht sich, dass eine Kooperation mit Audi entstehe und die Verwaltung um das Problem Interim Festsaal erleichtert werde. Nichtsdestotrotz würden dann immer noch 110 Veranstaltungen von Vereinen und vielen weiteren überbleiben und einen Ersatzraum benötigen. Man brauche eine ganze Auswahl verschiedener Alternativorte, in denen man möglichst viele dieser Veranstaltungen unterbringen könne, wenn man das gesellschaftliche und kulturelle Leben, dass es bisher im Festsaal gegeben hatte, nicht völlig ausbluten lassen wolle. Sie geht davon aus, dass die Sanierung des Hämer Baus circa fünf Jahre in Anspruch nehmen werde. So lange

könne kein Verein überleben, wenn nicht für entsprechenden Ersatz gesorgt sei. Außerdem brauche es für diese Beteiligten auch einen zentralen Ansprechpartner und einen entsprechenden Veranstaltungskalender. Die Arbeit, die die Festsaalverwaltung bisher geleistet habe, müsse in der Phase der Sanierung überführt werden. Die Vereine seien mit einer Suche nach einem Ersatzort mit ihren verschiedensten Bedarfen völlig überfordert. Ingolstadt stehe in der Pflicht zu unterstützen, wenn ihr das kulturelle Leben etwas wert sei. Für das Junge Theater schlägt die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Räume des ehemaligen MKKD in der Tränktorstraße vor. Auch für den Kunstverein werde Ersatzräumlichkeiten benötigt. All dies müsse in der Planung mit abgebildet werden. Stadträtin Leininger betont, wie wichtig die heutige Beschlussfassung sei und appelliert an die weiteren Stadtratsmitglieder, die, die noch zweifeln würden, zu überzeugen.

Oberbürgermeister Dr. Kern teilt mit, dass er sich gerade mit Bürgermeisterin Kleine und dem Kulturreferenten besprochen habe und deshalb auf den Kalender auf Ingolstadt Life hinweisen könne. Er bittet darum, diesen Kalender kritisch zu betrachten. Selbstverständlich müsse dieser noch weiterentwickelt werden, aber für die Übersichtlichkeit der Veranstaltungen eine gute Sache sei.

Stadtrat Köhler stellt fest, dass man sich über die Dringlichkeit der Sanierung des Hämer Baus im Stadtrat fast geschlossen einig sei. Es seien bereits große Summen in den bloßen Erhalt des Gebäudes geflossen. Umso notwendiger sei es nun, als Stadtrat Einigkeit zu demonstrieren und der Beschlussvorlage zuzustimmen. Er spricht gegenüber Herrn Fall sein Vertrauen aus, die Sanierung des Hämer Baus zügig voranzubringen. Stadtrat Köhler liege der Festsaal sehr am Herzen und es brauche eine Lösung, um diese Stätte dem Kulturleben Ingolstadts zukünftig auch wieder anbieten zu können. Er zeigt sich optimistisch, dass man eine Lösung finden werde.

Stadtrat Dr. Meyer teilt mit, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU dem Grundsatzbeschluss zustimmen werde.

Stadtrat Achhammer führt aus, dass er bei der vorherigen Diskussion um die Ingolstädter Schulen mitgeteilt habe, dass diese oberste Priorität hätten. Das bedeute jedoch nicht, dass er nicht für eine kompromisslose, sofortige Sanierung des Hämer Baus sei. Die CSU-Stadtratsfraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen. Er stimmt Stadträtin Leininger zu, dass es einen allgemeinen Ansprechpartner für den Festsaalersatz brauche und dies die Stadtverwaltung tun müsse. Das könne man

nicht den Vereinen überlassen. Er bittet darum, die Beschlussvorlage der Verwaltung aufgrund der kurzfristigen Vorbereitungszeit, weil die Vorlage spät kam, zur weiteren Beratung in die Fraktionen zu geben. Zum nächsten Tagesordnungspunkt 4 kündigt er Fragen zur Technik, der Kostenschätzung in Höhe von 200 Millionen Euro und wie die Leistungsphase 4 genau zu definieren sei, an.

Herr Grandmontagne antwortet an Stadtrat Achhammer gewandt, dass es ein Festsaal-Management gebe, die sich um die Anfragen zur Festsaal-Mietung für Veranstaltungen kümmern würden. Diese werde es auch in Zukunft weiterhin geben. Jedoch müsse dafür im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung und das Projekt Aufgabenkritik, genügend Personal vorhanden sein, um diese Aufgabe auch bewältigen zu können. Problematisch sei, wenn man einem Großteil keine Ersatzräumlichkeiten anbieten könne. Derzeit sei man dabei, wie man die Frage der Vermietung und der Disponierung in der Verwaltung noch zentraler gestalten könne. Die Frage des Interimsfestsaal hänge auch von der Sanierungszeit ab. Die Dauer der Sanierung sei jedoch wiederum an die Finanzsituation gekoppelt. Sollte man aus irgendwelchen Gründen dazu kommen, die vorgeschlagene Zeit verlängern zu müssen, herrsche wieder eine andere Situation für die Interimsstätten des Festsaals. Die Kämmerei rechne mit verschiedenen Szenarien. Für die Errichtung der Ersatzhalle auf dem Volksfestplatz sei jedoch derzeit keine Finanzierungsmöglichkeit im Haushalt vorgesehen. Dieser Stand sei auch in der vorliegenden Beschlussvorlage so abgebildet. Falls sich dies ändern sollte, werde man direkt mit der Planung starten. Herr Grandmontagne drückt sein Bedauern über die fehlende Ersatzstätte für den Festsaal aus. Vielleicht werde man in nächster Zeit noch eine andere Möglichkeit finden. Man werde sicher nicht aufgeben.

Stadtrat Böttcher entgegnet gegenüber Stadtrat Dr. Schuhmann, dass auch die FW-Stadtratsfraktion für die Sanierung des Hämer Baus sei. Der Bau der Kammerspiele am Theaterplatz hätte mitunter das Stadtklima und die Tiefgarage extrem beeinträchtigt. Deswegen habe man damals dagegen gestimmt. Wenn man die Kammerspiele verwirklicht hätte, würde man heute aufgrund der zusätzlichen Belastung der Steuer-einbrüche gar nicht über eine Sanierung des Hämer Baus sprechen, weil man ihn sich schlicht und ergreifend nicht leisten könne, bezweifelt er. Viele Gründe hätten damals gegen einen Bau der Kammerspiele gesprochen. Er gibt Stadträtin Leininger recht, dass man deswegen trotzdem keinen Festsaal gehabt hätte. In dieser Hinsicht müsse man tätig werden. Er schlägt vor, die Multifunktionshalle zu nutzen. Zur Not könne die Saturn Arena sicherlich auch viele Veranstaltungen mitaufnehmen. Er bittet darum, das Thema zurück in die Fraktionen zu geben, weil die Beschlussvorlage sehr

kurzfristig kam und man dies in der Fraktion noch besprechen wolle, was nicht bedeute, dass man gegen die Sanierung sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern teilt mit, dass man mit Zustimmung der Stadtratsmitglieder das Thema zurück in die Fraktionen geben werde.

Stadtrat Witty erinnert, wie er seit Jahren ein Festsaalinterim anmahne und man bisher, bis auf zwei Grundsatzbeschlüsse in den letzten Monaten für die großen Veranstaltungen nichts erreicht habe. Er schlägt vor, die Nibelungenhalle in Großmehring zu prüfen, in der zumindest Abschlussbälle und Schulkonzerte kostengünstig stattfinden könnten. Außerdem fragt er, ob man die Zusage des Freistaates Bayern, 75 Prozent der förderfähigen Kosten zu übernehmen, schriftlich und unbefristet vorliegen habe.

Herr Grandmontagne antwortet seinem Vorredner, dass es sich dabei um die aktuelle Gesetzeslage des FAG handle und dieser Niederschlag bei allen anderen Theatersanierungen bisher auch stattgefunden habe. Stadtrat Grob sei im Finanzministerium mitgeteilt worden, dass diese Regelung noch gelte. Allerdings würden 75 Prozent der förderfähigen Kosten nicht, 75 Prozent der Kosten bedeuten. Sondern es gehe um die förderfähige Fläche, die gesondert betrachtet werde. Es gebe auch das Szenario nur das Theater oder nur den Festsaal zu sanieren. Somit wäre ein großer Teil der Nutzfläche gar nicht förderfähig. Die Firma „actori GmbH“ aus München habe dafür bereits vor einigen Monaten in einem mehrwöchigen Verfahren ein Gutachten ausgearbeitet, um die gesamte Konzeption zu betrachten und sei dabei zu dem Schluss gekommen, dass das Gebäude einheitlich betrachtet werden müsse. Bei dieser Gesamtbetrachtung gebe es Stellschrauben, die unter anderem mit der kulturellen Nutzung des Festsaals und dem Sitz der Kammerphilharmonie in das Gebäude hinein, an denen man drehen und dem Freistaat vorlegen könne. Gegenüber dem Freistaat Bayern gebe es hinsichtlich der Architekturgeschichte, der Nutzung, der organisatorischen Aufhängung im Theaterbetrieb und auch den Rahmenbedingungen, viele Argumente, mit denen man ins Gespräch gehen könne. Zwar gebe es zwei verschiedene Nutzungskörper im Theater, jedoch gehe es im Grunde um den Hämer Bau. Der Wunsch sei, bei der Präsentation der Kosten im nächsten Jahr auch einen Förderbescheid des Landes vorlegen zu können, der für den Haushalt der Stadt Ingolstadt von großem Vorteil wäre. Spekulieren könne man an der Stelle jedoch nicht. Das liege allein in der Entscheidung des Finanzministeriums. Dafür würden die Leistungsphasen 3 und 4 dienen. Deswegen habe man die Konzeption so gewählt, um in den nächsten zwölf

Monaten durch die Gespräche mit dem Freistaat, am Ende mit einer Förderung rechnen und die Beschlüsse mit gutem Gewissen fassen könne.

Herr Hoffmann gibt Herrn Grandmontagne recht, dass man nicht spekulieren könne, welche Kosten man gefördert bekomme und welche nicht. Der Freistaat Bayern entscheide über den Förderantrag, wenn man ihn vorlege. Jedoch werde dafür eine abgeschlossene Planung benötigt. Jetzt sei die Gesetzeslage dargestellt worden.

Stadtrat Dr. Schickel kritisiert die Entwicklung der Diskussion, die in eine Richtung gehe, in der Schule gegen Theater und Kultur ausgespielt werde. Kunst, Kultur, Theater, Poesie und Schule seien untrennbar, würden zusammengehören und dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Diese Linie werde die CSU-Stadtratsfraktion nicht mehr fahren.

Stadtrat Reibenspieß entgegnet an seinen Vorredner, dass er noch keine Stimme gehört habe, die das ausgeschlossen habe. Im Hämer Bau befänden sich der Festsaal, das Foyer, die Gastronomie, die Außenbereiche, die Galerie und die Werkstätten. Er möchte wissen, ob es gegeben sei, dass es für all diese genannten Bereiche Förderungen gebe.

Herr Hoffmann antwortet seinem Vorredner, dass diese Frage derzeit noch nicht beantwortet werden könne.

Küchen würden beispielsweise nicht gefördert werden, informiert Herr Fall an Stadtrat Reibenspieß gerichtet. Bei den Fördermitteln würden meist die Baunebenkosten ein Problem darstellen. Diese hätten eine Höchstgrenze, womit sie mit maximal 18 Prozent förderfähig seien. Ob man den Festsaal aufgrund seines großen Volumens förderfähig bekomme, sei fraglich. So würden bei der Förderung auch Lüftungen, die dem ganzen Haus dienen würden, gefordert.

Der Förderantrag werde der Regierung von Oberbayern, neben dem Fördersachgebiet, auch in der dortigen Bauabteilung vorgelegt, erklärt Herr Hoffmann. Denkbar sei, mit den Mitarbeitern der ROB ins Gespräch zu kommen und darum zu bitten, die Möglichkeiten und Grenzen auszuloten und gegebenenfalls eine wohlwollende Prüfung zu erreichen.

Stadtrat Reibenspieß möchte wissen, ob man bei der Sanierung bereits die Höhe der Belastung, des Kredits und der monatlichen Kosten für die Stadt Ingolstadt abschätzen könne.

Er habe nicht versucht, die Kultur gegen den Schulbereich auszuspielen, stellt Herr Fleckinger an Stadtrat Dr. Schickel gerichtet, klar. Indem man die Maßnahme der Sanierung des Hämer Baus vorziehe, müssten auch die finanziellen Anforderungen, die in der bisherigen Planung für die Jahre 2029, 2030 und 2031 stehen würden, vorgezogen werden müssen. Bei dieser Größenordnung, selbst wenn der Freistaat 75 Prozent fördere, und Abschlagszahlungen leiste, hieße das, dass die Stadt Ingolstadt große Teile vorfinanzieren müsse, die erst nach der Prüfung der Verwendungsnachweise wieder stückchenweise in die Kasse der Stadt Ingolstadt einfließen würden. 200 Millionen Euro plus oder minus 5 Prozent seien normalerweise die ungefähr geschätzte Summe mit Zinsen, Tilgung und Annuitäten, abzüglich der entsprechenden Förderungen, die im Regelfall jahresversetzt kommen würden. Man werde in den nächsten Jahren um die Diskussion der Finanzierbarkeit von Schulen, Theater und sonstigen Haushalten nicht herumkommen. Gerade aus diesem Grund sei Herr Fleckinger daran, den Verwaltungshaushalt zu stärken und dass die beschlossenen Konsolidierungsprogramme umgesetzt werden, bei denen es mittlerweile bereits auch in Teilen um kleinere Beträge gehe. Das Finanzreferat und die Kämmerei werden weiterhin die Referate der Stadtverwaltung bei der Umsetzung des Konsolidierungspakets eng begleiten. Hinsichtlich der Konsolidierungs- und Einsparungsmaßnahmen sei noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht, mahnt er. Jetzt herrsche die Situation, dass die Personalkosten durch Rücklagen finanziert werden würden. Das bedeute, man müsse für das Jahr 2026 alles tun, um den Verwaltungshaushalt zu stärken. Deshalb sei der heutige Beschluss der Leistungsphasen 3 und 4 so bedeutend, um überhaupt ein Gesamtbild davon zu bekommen, was der Freistaat in welcher Höhe und wann der Stadt Ingolstadt zur Verfügung stellen könne. Er appelliert an den Stadtrat und an die Bürgerschaft, genau zu überlegen, welche Anträge mit finanziellen Auswirkungen noch gestellt werden.

Solch eine Sitzung wie heute habe er, solange er Mitglied im Stadtrat sei, noch nicht erlebt, meint Stadtrat Mißlbeck. Seit über einer Stunde diskutiere man nun über den Hämer Bau. Der Großteil der Bevölkerung warte darauf, dass der Stadtrat endlich eine Entscheidung treffe. Er wünsche sich besonders im Hinblick auf die Bauvorhaben und Sanierungen der Schulen und des Hämer Baus gute und mutige Entscheidungen und Nerven.

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wird der Tagesordnungspunkt für weitere Beratungen in die Fraktionen verwiesen.

**4 . Vorprojektgenehmigung für die Sanierung des Hämer Baus
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0439/25**

Beratend

Antrag:

1. Die Ausführungen zu Art und Umfang der Sanierung, Energieeinsparung und Nachhaltigkeit, Planung im Modell und Bauablauf und der Terminplan werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt auf dieser Grundlage:
 - a. Die Geschäftsführung der INKoBau wird beauftragt die Leistungsstufe 2 Entwurfs- und Genehmigungsplanung bei den beauftragten Planern abzurufen und sonstige notwendige Leistungen für einen erfolgreichen Abschluss der Leistungsphase 3 und für die Einreichung des Fördermittelantrages zu vergeben. Hierfür werden der INKoBau im Haushaltsjahr 2025 6,0 Mio. EUR und im Haushaltsjahr 2026 5,0 Mio. EUR zur Finanzierung zur Verfügung gestellt.

Zum Haushalt 2025 wurden für das Jahr 2025 auf der Haushaltsstelle 331100.949100 (Theater, Hochbaumaßnahmen, Theatersanierung) Mittel in Höhe von 6 Mio. Euro angemeldet. Für das Jahr 2026 wurden zum Haushalt 2025 Mittel in Höhe von 2 Mio. Euro angemeldet.

Die zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 3 Mio. Euro müssen zum Haushalt 2026 für das Jahr 2026 auf der Haushaltsstelle 331100.949100 neu angemeldet werden.

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 331100.949100 (Theater, Hochbaumaßnahmen, Theatersanierung) in Höhe von

5 Mio. EUR wird genehmigt. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch die Haushaltsstelle 213000.940312 (Mittelschulen (MS), Hochbaumaßnahmen, MS Nordost: Modulbau) in Höhe von 4,2 Mio. EUR und von der Haushaltsstelle 211000.940182 (Grundschulen (GS), Hochbaumaßnahmen, GS Unsernherrn, Sanierung und Erweiterung) in Höhe von 0,8 Mio. EUR.

- b. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bis zur Vorlage der Projektgenehmigung die Vor- und Nachteile der Varianten Durchführungsmodell und Vermieter-Mieter-Modell mit einer Empfehlung zur weiteren Abwicklung der Sanierung vorzulegen.

3. Die Ausführungen zu den bestehenden Risiken und deren Auswirkungen wird zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Achhammer bittet Herrn Fall, die verschiedenen Leistungsphasen der Sanierung des Hämer Baus zu erläutern.

Herr Fall erklärt, dass die Leistungsphase 3 die Entwurfsplanung sei. In dieser Phase werde die bestehende Entwurfsplanung verschärft. Je tiefer man in die Leistungsphasen eintrete, desto mehr Input und Sicherheit gewinne man. Das Risikobudget müsse in diesem Prozess berücksichtigt werden. Dieses sei nach Normierung in der Leistungsphase 2 in die Planung mit einem Wert von 30 Prozent festgelegt worden. Die Leistungsphase 3 sei notwendig, um das Thema Fördermittel anzugehen, da in dieser Phase eine Kostenberechnung erforderlich sei. Zudem müsse in dieser Phase im Rahmen des Fördermittelantrags ein Finanzierungsvorschlag erstellt werden, der einen wichtigen Bestandteil des Antrags darstelle. Es sei daher äußerst wichtig, die entsprechenden Leistungsphasen zu beauftragen, um mit der Sanierung des Hämer-Baus voranzukommen. Die Leistungsphase 4 umfasse die Baugenehmigung. Es werde angestrebt, im Februar 2027 den Fördermittelantrag einzureichen. Die Regierung werde allerdings nicht innerhalb eines Monats auf den Antrag reagieren können, um beispielsweise eine Zusage von 100 Millionen Euro abzugeben. Daher sei es sinnvoll, parallel an der Baugenehmigung zu arbeiten, damit nach Erhalt des Fördermittelbescheids zügig im Projekt vorangeschritten werden könne. Die Honorarkosten für die Leistungsphase 4 lägen bei etwa 8 Prozent. Der wesentliche Kostenanteil liege in der Entwurfsplanung, die für alle Fachplaner gelte. Zudem sei es notwendig, Bauteilöffnungen vorzunehmen und Voruntersuchungen durchzuführen. Deshalb sei es auch sehr wichtig, dass das Stadttheater ausziehe, damit dort gearbeitet werden könne. Diese Entscheidung sei mit dem Intendanten des Stadttheaters abgestimmt. Abschließend betont Herr Fall, dass eine abgeschlossene Leistungsphase 2 auf einem relativ guten Niveau vorliege. Es liege eine detaillierte Kostenschätzung vor, die nicht nur auf Flächenschlüssen basiere, sondern mit Einzelpositionen arbeite. Aktuell seien etwa 500 Einzelpositionen erfasst, die die Gesamtkosten von rund 180 Millionen Euro ergäben. Es sei entscheidend, die nächsten Leistungsphasen jetzt zu beauftragen, da sonst das Projekt nicht vorankomme.

Stadtrat Dr. Meyer betont, dass ein zügiger Bauablauf aus wirtschaftlicher Sicht sehr wünschenswert sei. Er fragt, ob beim Fördermittelantrag (FAG) ebenfalls Risiken bestünden, insbesondere ob es nur um Vorfinanzierung gehe oder ob das Volumen so

groß sei, dass der Freistaat eine Verlangsamung erwägen könnte. Schließlich seien bei größeren Projekten in Ingolstadt in der Vergangenheit bereits ähnliche Situationen eingetreten. Beim Fördervolumen müsse man die relevanten Zahlen kennen. Jedoch sei fraglich, wie sehr man ins Detail gehen müsse, um die Förderungen realistisch einschätzen zu können und zu wissen, auf welcher Basis das Fördervolumen berechnet werde. Stadtrat Dr. Meyer bittet um eine Einschätzung auf welche Bandbreite man sich hinsichtlich der Förderzahl bewege. Das bayerische Kabinett habe kürzlich eine Entbürokratisierung des Denkmalschutzgesetzes beschlossen, was wiederum Auswirkungen auf den Bauablauf haben werde. Diese Neuerungen sollten in der Planung berücksichtigt werden. Er lobt die Initiative beim Thema BIM. Da sei Ingolstadt ein Vorreiter und man werde in der Praxis einen deutlichen Vorteil bei der Zeitplanung, der Sicherheit und den Kosten bieten können. Er fragt, ob die Branche bereits so weit sei, dass das Vorgehen nicht zu einer Einschränkung der verfügbaren Auftragnehmer führe, was möglicherweise die Preise erhöhen könnte. Was genau unter die Leistungsgruppe 500 falle, möchte Stadtrat Dr. Meyer wissen. Möglicherweise könnten die Außenanlagen ausgeklammert werden, wenn diese nicht förderfähig seien. Stattdessen könnte man sie über die Städtebauförderung laufen lassen.

Frau Wittmann-Brand antwortet an ihren Vorredner gewandt, dass man bei der Denkmalpflege und dem FAG verschiedene Fördermittel erhalten werde. Die Außenanlagen könnten bestimmt über die Städtebauförderung laufen. Eine Fördergeber-Konferenz könne durchaus sinnvoll sein, um Doppelungen zu vermeiden. Wichtig sei eine solide Planung, bei der die Kosten möglichst genau geschätzt oder berechnet werden, da Förderzusagen sonst kaum möglich sind. Daher ist es grundlegend, die weiteren Leistungsphasen zu beauftragen, um die Planung voranzutreiben.

Herr Hoffmann bittet darum, nicht den Fehler zu begehen, die Außenanlagen auszuklammern. Ein gewisser Umgriff um das Stadttheater sollte unbedingt gepflegt werden, weil man sonst ein tolles Gebäude habe, das aber nur über wackelnde Stufen und alte Waschbetonplatten mit Asphaltnestern zu betreten sei.

Stadtrat Dr. Meyer erwidert an seinen Vorredner gewandt, dass seine Intention nur gewesen sei, die Außenanlagen bei der Förderanfrage auszuklammern.

Herr Fall erklärt, dass nur die Außenanlagen, unter denen sich Gebäudevolumen befinden würde, also Balkone und Terrassierungen, bei der Sanierung berücksichtigt werde.

Herr Fleckinger geht davon aus, dass der Freistaat seine Zusagen wie bereits in der Vergangenheit einhält und dass das FAG und das FAZR gesichert seien. Es sei zwar bekannt, dass der Freistaat derzeit mit den Finanzierungen Schwierigkeiten habe, doch bisher habe Bayern stets Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen stückchenweise erhöht. Beim Sondervermögen Infrastruktur, bei dem 500 Milliarden Euro auf die Länder verteilt werden, werde man nun sehen, ob der Freistaat Bayern an der ursprünglichen Verteilung von 60 Prozent für die Kommunen festhalte, da das Bundeskabinett diese Regelung streichen wolle. Zudem sei unsicher, ob die Mittel für Bedarfszuweisungen im nächsten Jahr aufgrund von Gewerbesteuerausfällen ausreichen würden, doch die Förderung durch FAG und FAZR in Höhe von 75 Prozent solle voraussichtlich gehalten werden.

Stadtrat Dr. Meyer fragt an Herrn Fall gewandt, ob das Building Information Modeling (BIM) das Ganze kurzfristig teurer oder langfristig günstiger mache.

Herr Fall antwortet an seinen Vorredner gerichtet, dass das langfristig günstiger sei, auch wenn die Planung etwas teurer ausfalle. Probleme würden meist erst nach der Planungsphase bei den ausführenden Firmen auftreten. Es werde die Philosophie vertreten, das Modell an die ausführende Firma weiterzugeben, damit diese das Aufmaß vor Ort machen könne, damit Kosten in der Verwaltung zu sparen. Das Projekt werde insgesamt als sehr positiv gesehen, gerade auch für die Bürgerbeteiligung. Mittels eines Links könne das Gebäude nicht nur virtuell besichtigt, sondern auch mit einem Terminplan versehen werden, um beim Bauvorhaben Transparenz zu schaffen. Die Maßnahmen bei den Aufzügen und der Zuwegung seien notwendig, um Barrierefreiheit zu gewährleisten, wobei sich die Kosten dafür in Grenzen halten würden. Die größeren Kosten träten bei der Sanierung der Beton- und Glasfassaden, Dächer und Balkone auf, da es überall Wassereintritte gäbe, die dringend behoben werden müssten. Die Planung sehe eine reine Bestandsanierung vor, bei der die Eingriffe in tragende Teile nur minimal seien. Die Schwerpunkte würden unter anderem auf der Erneuerung der Technik liegen. Die Maßnahmen seien mit dem Theater abgestimmt und kein Wunschprogramm, sondern auf Barrierefreiheit, Brandschutz, Theaterablauf und Sicherheit für die Mitarbeiter ausgerichtet, betont Herr Fall. Die zusätzliche Zuwegung zum Festsaal sei vor allem für die Sicherheit bei Gastspielen wichtig, um Gepäck und Technik sicher transportieren zu können. Die Kosten könnten noch weiter aufgedröselt und Einsparpotenziale aufgezeigt werden. Allerdings seien diese Einsparungen für die Sanierung nicht entscheidend.

Oberbürgermeister Dr. Kern weist auf Seite 12 der Beschlussvorlage der Verwaltung hin, auf der das BIM erklärt werde. Damit gebe es einen digitalen Zwilling, um das Gebäude perfekt planen zu können.

Stadtrat Dr. Schickel spricht den erstgenannten Risikofaktor auf Seite 15 der Beschlussvorlage der Verwaltung an und erkundigt sich dazu, ob man sich bereits mit den Urheberrechtsvertretern und der Stiftung Denkmalschutz abgestimmt habe. Er weist auf den zweiten Hämer Bau in Ingolstadt hin, wodurch sicherlich Synergieeffekte möglich wären.

Herr Fall antwortet an seinen Vorredner gewandt, dass man für die Vorplanungen bereits die Zustimmungen schriftlich eingeholt habe und auch das Landesamt für Denkmalschutz diesen Weg unterstützen werde. Mittlerweile sei seitens des Landesamtes auch Denkmalschutz in Verbindung mit Photovoltaikanlagen oder im Falle des Theaters auch das Ersetzen des Bleidaches durch etwas anderes, möglich. Natürlich werde man sich zukünftig auch weiter abstimmen. Beim der Betonsanierung stünde noch die Frage im Raum, auf welchen Zustand man sanieren wolle. Herr Fall zeigt sich jedoch optimistisch, auch dafür einen guten Weg zu finden.

Oberbürgermeister Dr. Kern ergänzt Herrn Fall, in dem Punkt, dass man für die Abstimmungen kurzfristig noch nach München gefahren sei, um mit den entsprechenden beteiligten Stellen rechtzeitig ins Einvernehmen kommen zu können.

Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wird der Tagesordnungspunkt für weitere Beratungen in die Fraktionen verwiesen.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -